

## **Kinder- und Familienarmut: Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung**

### **Vorwort**

2,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren (24,2 %) wachsen in Deutschland in einer Familie auf, die armutsgefährdet ist oder Leistungen der Grundsicherung (SGB II) bezieht. Das zeigt die vorliegende Studie, die sich auf die zwei am häufigsten verwendeten Armutsdefinitionen stützt und diese kombiniert, um eine möglichst differenzierte Betrachtung von Familien in unteren Einkommenslagen vorzunehmen.

1,1 Millionen Kinder unter 15 Jahren (10,8 %) wachsen in Haushalten auf, die zwar keine SGB-II Leistungen beziehen, aber als armutsgefährdet eingestuft werden. Ihre Mütter und Väter machen den eigentlich bestehenden Anspruch auf SGB-II-Leistungen nicht geltend oder das Einkommen ist gerade so hoch, dass keine Ansprüche auf Grundsicherungsleistungen mehr bestehen, obwohl das Familieneinkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt. Rund eine Million Kinder (8,9 %) leben in Familien, die einkommensarm sind und SGB-II-Leistungen beziehen. 480.000 Kinder (4,5 %) leben im SGB-II-Bezug und überwinden gerade durch diese Leistungen die Armutsgefährdungsschwelle.

Diese Kinder erleben tagtäglich, was es bedeutet, wenn das Geld für den Schulausflug kaum aufgebracht werden kann, die zu kleine Winterjacke noch eine Saison länger reichen muss, ein Auto oder Urlaub nicht zu realisierende Träume sind oder Freunde nicht mit nach Hause kommen können, da das Geld für eine zusätzliche Person bei Tisch nicht reicht. Alles Dinge und Aktivitäten, die für die große Mehrzahl der Kinder in einem reichen Land wie Deutschland ganz normal sind. Was Aufwachsen in Armut bedeutet, zeigt die jetzt vorliegende Auswertung der PASS-Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Silke Tophoven, Claudia Wenzig und Torsten Lietzmann durchgeführt haben. Auf der Grundlage dieses Paneldatensatzes können Aussagen darüber getroffen werden, auf welche Güter und Aktivitäten Familien im SGB-II-Leistungsbezug im Vergleich zu Familien in einer gesicherten Einkommenssituation aus finanziellen Gründen verzichten.